

# Liechtensteiner Volkssblatt



AZ - FL-9494 Schaan, Dienstag, 30. Oktober 1973

Erscheint Dienstag/Mittwoch/Donnerstag/Samstag

Mit den amtlichen Publikationen

106. Jahrgang - Nr. 161

## Finanzpolitik: Liechtensteins Novum

### Der Schaaner Gemeinderat bestätigt 10-Jahres-Prioritätenliste!

Mit der Präsentation der Rechnung 1972 hat die Gemeinde Schaan gleichzeitig eine Vorausschau für die kommenden zehn Jahre durch Herausgabe einer Sonderausgabe Finanzplanung (Okt. 1973/XXI) ihres Informations-Bulletins vorgelegt. Der Bürger wird damit nicht

nur über die Vergangenheit, sondern besonders über die Zukunft informiert, die in der laufenden Bauphase Schul- und Freizeitzentrum besonders wichtig ist.

Neu und für unser Land wahrscheinlich einmalig ist hier die Tatsache, dass die neueste langfristige Finanzplanung Schaan auf einer Art Finanzpolitik («mittelfristig gültiges Finanzgebaren der Gemeinde Schaan») und einer langfristigen Prioritätenliste aufbaut. Es wird also versucht, die Entwicklung bewusst zu steuern und die Planung zu einem Arbeitsinstrument zu machen. Wir möchten dies als positiv ansehen, da wir gerade in unserer Zeitung durch Artikelserien auf die Notwendigkeit einer aktiveren Finanzpolitik in unserem Lande hingewiesen haben.

#### Wird der Bogen überspannt?

In dieser Information, die ein mutiges Vorgehen darstellt und sicher in Einzelheiten auch Kritik heraufbeschwört, wird eine vorübergehende Verschuldung der Gemeinde nicht verheimlicht. Es wird darauf hingewiesen, dass die derzeitige Realisierung eines grossen Nachholbedarfs wie verschiedene Gemeindebauten, Kläranlagen, Wasserversorgung, Schul- und Freizeitzentrum, Wasserpumpwerke etc. als Investition in die lange Zukunft angesehen werden muss und ein kurzfristiger finanzieller Engpass unvermeidlich ist.

Die Planung enthält in den Jahren 1975/76 eine Verschuldungsspitze von 7.5 Millionen Franken. Ueber die Höhe dieser Summe kann man geteilter Meinung sein.

Wichtig erscheint uns, dass aufgezeigt wird, wie und wann die Situation wieder saniert wird.

Dabei ist natürlich zu beurteilen, wie realistisch eine Planung ist. Die Zahlen der Gemeinde Schaan, die auszugsweise veröffentlicht sind, scheinen jedoch seriös aufgebaut zu sein.

Als mutiges Vorgehen möchten wir diese Veröffentlichung deshalb bezeichnen, weil man sich in bezug auf Zahlenmaterial und insbesondere Baupolitik bewusst der Diskussion stellt.

Sicher wird die Gemeindevertretung bereit sein, in der nächsten Planung allfällige Aenderungswünsche der Bevölkerung soweit wie möglich zu berücksichtigen und den jetzt abgesteckten Rahmen notfalls wieder anzupassen oder zu verändern.

#### Kontrollierte Finanzentwicklung

Man kann der Gemeinde Schaan nicht den Vorwurf machen, dass sie die Dinge einfach an sich herankommen lässt oder in eine nicht mehr kontrollierbare Situation hineinschleift. Schaan hat über viele Jahre flüssige Mittel angesammelt. Ende 1972 beliefen sich die flüssigen Mittel nach dieser Information auf ca. 4 Millionen Franken — ein Betrag, der in der derzeitigen Inflation als hoch angesehen werden kann.

Die Mittel werden zwar jetzt nicht nur verwendet, sondern in eine kurzfristige Verschuldung umgewandelt. Wenn es gelingt, diesen Negativstand wie geplant wieder

positiv zu verändern, dürfte diese Planung noch akzeptabel sein. Allerdings müssen wir hier den Aspekt der staatlichen Kreditbeschränkung ausser Acht lassen. Der Kreditbedarf für das Schaaner Schul- und Freizeitzentrum war ja bei Erteilung der Baugenehmigung bekannt und entsprechende Kredite wurden damals bewilligt.

Wir glauben, dass die Gemeinde Schaan durch den Einsatz einer Finanzplanungskommission einen wichtigen Schritt in der Gemeindeverwaltung getan hat. Die Unterlagen zeigen auch, dass eine intensive Zusammenarbeit zwischen dieser Kommission und der Gemeindevertretung bzw. dem Gemeinderat besteht.

Das erwähnte Finanzgebaren muss als ein Versuch zur Erstellung einer Finanzpolitik gewertet werden und ist somit als richtungsweis-

Fortsetzung auf S/2

### Sofortiges Bauverbot für alle Atomkraftwerke

sda. In Luzern ist eine «überparteiliche Bewegung gegen Atomkraftwerke» gegründet worden, die mittels Informationsschrift ein sofortiges Bauverbot für alle geplanten Atomkraftwerke fordert. Präsident der Bewegung ist Dr. E. Winkelmann, Luzern.

Aufgrund einer umfangreichen wissenschaftlichen Dokumentation komme die Bewegung zum Schluss, so heisst es in einem Communiqué, dass es, in Anbetracht der zahlreichen heimtückischen Gefahren der sogenannten «friedlichen» Atomenergie, völlig unbegreiflich sei, dass der Bundesrat die Errichtung weiterer Atomkraftwerke fordere. Die in Westeuropa einmalige Massierung von bestehenden und geplanten Atomkraftwerken im besonders dichtbesiedelten Aare-Rhein-Gebiet, würde, in Bezug auf die Überschneidung radioaktiver Schadstoffabgabe, eine nicht zu verantwortende zusätzliche Gefährdung bedeuten. «42 Persönlichkeiten, aus der ganzen Schweiz, darunter Universitätsprofessoren und Aerzte, unterstützen mit ihrem Namen die Postulate der überparteilichen Bewegung hinsichtlich einer verantwortbaren Energiepolitik, insbesondere durch eine sachliche Information der Öffentlichkeit über die Gefahren eines fortgesetzten Atomkraftwerkbau.»

### Vorarlberg will Gastarbeiterzahl beschränken

Bregenz (N) Zu einer Besprechung über die Gastarbeiterfrage in Vorarlberg trafen sich kürzlich die Vertreter der Arbeiterkammer, der Handelskammer, der Gewerkschaft sowie der Industriellenvereinigung in Feldkirch.

In einer Aussendung über diese Besprechung wird angeführt, dass sich die Teilnehmer auf die Auffassung geeinigt haben, dass es zwar noch viele Jahre nötig sein werde, Gastarbeiter herbeizunehmen, dass aber die gegenwärtige Beschäftigungszahl von rund 25 000 die Obergrenze bilden soll. Es hat sich in den letzten Monaten auch gezeigt, dass auf dem Sektor Hilfsarbeiter eine weitgehende Sättigung festzustellen ist. Die Konferenz einigte sich auch über eine strengere Handhabung der gesetzlichen Vorschriften über die Bereitstellung angemessener Unterkünfte vorzuschlagen, weiters auch darüber, dass Dienstgeber, welche ausländische Arbeitskräfte trotz Warnung ohne Genehmigung beschäftigen, keine weiteren Beschäftigungsbewilligungen mehr erhalten sollen. Man war auch der Auffassung, dass die Hereinnahme von Gastarbeitern nicht dazu führen sollte, dass die letzteren eine Beschäftigung als Grenzgänger aufnehmen.

Diese Vorschläge sollen in Bälde mit den Behörden behandelt werden, um diesen die Einleitung entsprechender Schritte zu ermöglichen. Eine entsprechende Aufklärung der Bevölkerung erachtete die Konferenz ebenfalls als notwendig. Ferner soll ein paritätisch zusammengesetztes Unterkomitee alle sich aus der Beschäftigung von Grenzgängern ergebenden Fragen in Hinkunft behandeln.

## Ausgaben-Plan

#### Donnerstagsausgabe entfällt

Wegen des Feiertages «Allerheiligen» erscheint unsere Zeitung diese Woche nur dreimal, heute Dienstag, morgen Mittwoch, und am Samstag. Die Donnerstagsausgabe entfällt. Da ein Teil der Wochenendausgabe bereits am Mittwoch vorbereitet wird, bitten wir um frühzeitige Zustellung von Text- und Anzeigenunterlagen. Am Donnerstag bleiben Redaktion und Druckerel geschlossen.

Der Leser wird sich erinnern, dass wir diese Problematik bei der seinerzeitigen Finanzplanung der Regierung (in der kein Ausweg aus der negativen Entwicklung gezeigt wurde) besonders kritisiert hatten.

## Triesen: Ende gut, alles gut

### Einsegnung der neuen Friedhofskapelle durch Dekan Bucher

Rechtzeitig auf Allerheiligen-Allerseelen konnte die neue Totenkapelle in Triesen am Sonntagnachmittag ihrer Bestimmung übergeben werden. Die Weihe nahm Dekan Engelbert Bucher, assistiert von Pfarrer Edwin Kaiser, Kaplan Cortesi und Pfarrer-Resig. Tschugmell, vor. Die Totenkapelle (auf unserem Bild

rechts) fügt sich harmonisch in das Gesamtbild des neuen Kirchplatzes und des Friedhofes ein, der talwärts erweitert wurde. Eine grosse Zahl von Gläubigen wohnte dem Einsegnungsakt in und vor der Kirche bei, der vom Kirchenchor Triesen unter der Leitung von Rudolf Schädler umrahmt wurde. Im Rahmen einer

anschliessenden, weltlichen Feier, zu der die Gemeinde ins Hotel Meierhof geladen hatte, erläuterte Vorsteher Rudolf Kindle den Weg vom Projekt zum fertigen Bauvorhaben. Wir werden auf den Anlass in unserer Mittwochausgabe zurückkommen. (Bild: X. Jehle)



## Die aktuelle Frage

#### Landwirtschaft: Lässt man die Bauern weiter warten?

Als die Union vor bald vier Jahren die Mehrheit im Lande übernahm, konnten sich fast alle Berufsstände mehr erhoffen, als unsere Bauern. Zu lange Zeit hatten VU-Regierungsvertreter das Landwirtschaftsressort als Nebensächlichlichkeit betrachtet. Zwar hat das Regierungsorgan den FBP-Ressortchef William Hoop hin und wieder geprüft, weil angeblich zu wenig laufe, ernst aber war es der Union nie dabei. Jetzt, wo aus dem Landwirtschaftsressort rechtzeitig zur Budgetdebatte ein ganzes Gesetzespaket über Förderungsmassnahmen auf den Tisch gelegt wurde, harzt es offenbar wieder bei der Spedition an den Landtag. Auf dem offiziellen Traktandum der nächsten Sitzung scheinen die Vorlagen nicht auf. Dafür werden sie im «Vaterland» bereits am 20. Oktober (also vor der Verabschiedung in der Regierung) als «Bauernfängerei» abqualifiziert. — Die VU mag wahlstrategisch recht haben, wenn sie nicht auf die Bauern setzt, weil sie zahlenmässig zu einer Minderheit im Lande geworden sind. Moralisch aber muss sie sich eines Tages vor dem ganzen Land rechtfertigen, wenn sie heute einen ganzen Stand benachteiligen will. Sie muss sich die Frage gefallen lassen, wer unsere Landschaft vor der Verödung bewahrt, wenn es immer weniger Bauern gibt? Sie muss sich auch die Frage gefallen lassen, wer im Krisen- oder Kriegsfall die Basis für unsere Ernährung liefert, wenn jedes Jahr mehr Stalltüren für immer zugeschlagen werden. Man kann nicht einen Landwirtschaftsminister kritisieren, weil er angeblich zu wenig schnell arbeitet und dann — wenn er dafür ein umfassendes Gesetzespaket vorlegt — mit seiner Arbeit hängen lassen. Unsere Bauern dürfen nicht vom Gutdünken der Union-Mehrheit abhängig sein. Wenn es ihr gefällt, gibt es etwas und sonst muss man auf bessere Zeiten warten. Die Ausrede, dass im Ressort nichts geschehe und man deshalb auch nichts machen könne, zieht spätestens seit dem 23. Oktober nicht mehr. Jetzt muss gehandelt werden, weil gehandelt werden kann.

